

dem Inhalt des Antrags zu? – CDU und FDP sowie die AfD-Fraktion stimmen zu. Wer stimmt dagegen? – SPD und Grüne stimmen dagegen. Gibt es Enthaltungen? – Die sehen wir nicht. Damit ist der Antrag mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD-Fraktion angenommen.

Ich rufe auf:

3 Kindern, Jugendlichen und Familien aus der Pandemie helfen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/13066

In Verbindung mit:

Gute Bildung braucht außerschulische Lernorte. NRW muss endlich alle Potentiale nutzen!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/13067

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/13184

Frau Voigt-Küppers steht schon bereit, kommt ans Pult und hat jetzt das Wort. Bitte schön.

Eva-Maria Voigt-Küppers (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister! In den letzten Wochen habe ich viele Besuche in Jugendtreffs und in Museen unternommen, kurz gesagt: in außerschulischen Lernorten oder Orten, an denen sich Kinder und Jugendliche treffen könnten.

Ich habe viele Gespräche geführt, und wo es mir wegen der Coronabedingungen nicht möglich war, direkt mit den Menschen zu reden, habe ich Videokonferenzen gemacht. Ich habe bei allen Gesprächen die Frage gestellt: Was geben Sie mir mit? Was soll ich meinen Kolleginnen und Kollegen, was soll ich der Regierung in Düsseldorf sagen? – Immer und immer wieder war die Antwort: Hört uns zu. Fragt uns, was wir wollen. Redet nicht immer nur über Noten und über Prüfungen.

In den letzten Wochen haben wir hier viel über Kinder und Jugendliche gesprochen, aber fast immer in ihrer Rolle als Schülerinnen und Schüler. Die Kampagne „Stimme für die Jugend“ wird heute Morgen abgeschlossen; mein Kollege Dr. Maelzer wird darauf noch genauer eingehen.

Gesprochen habe ich auch mit Sozialarbeiterinnen, mit Erziehern und mit Pädagogen. Auch dieses Zitat

ist hier schon häufig gefallen: Die Kinder und ihre Familien gehen uns verloren.

Besonders beeindruckt hat mich die Erzählung einer Sozialpädagogin, die Kindern mit Migrationshintergrund Lernangebote gemacht hat. Sie erzählte: Morgens sitzen die Kinder schon vor der Öffnungszeit hier auf den Treppen, um ein bisschen Free WLAN anzuzapfen. Sie wollen lernen, sie wollen sich treffen, sie wollen miteinander spielen, sie wollen Konflikte miteinander austragen.

In Jugendtreffs fragte man uns: Warum können wir nicht aufmachen? – Inzwischen können die sich mit fünf Leuten treffen. Sie fragten: Warum können wir nicht aufmachen? Die anderen treffen sich sowieso. Dann sind sie eben nicht hier im Jugendtreff, sondern in dem nicht einsehbaren Spielplatz, auf der Lichtung im Wald oder hinter dem Supermarkt.

Die Bertelsmann-Studie hat diese Woche noch einmal bestätigt: Kinder und Jugendliche gehen uns verloren. Einrichtungen mussten zeitweise geschlossen werden. Wo sie geschlossen werden mussten, um Schutz zu geben, waren wir an Ihrer Seite. Dabei finden Sie uns auch weiterhin an Ihrer Seite.

Dennoch richte ich an Sie den dringenden Appell: Wir müssen immer die konkrete Situation einschätzen. Wo es möglich ist, wo uns die Rahmenbedingungen diese Möglichkeit lassen, sollten wir darüber reden, dass wir den Kindern und Jugendlichen Möglichkeiten geben, sich zu entwickeln.

Kinder und Jugendliche sind nicht nur Schülerinnen und Schüler; sie brauchen andere Menschen, sie brauchen Erlebnisse, sie brauchen Konflikte. All das ist wichtig für ihre Entwicklung, und dazu brauchen sie Räume und Einrichtungen.

Bereits im letzten Sommer haben wir hier gesagt: Lasst uns gemeinsam kreative Lösungen finden. – Das Problem war damals, dass Räume fehlten und Personal fehlte, um Klassen zu teilen. Frau Müller-Rech antwortete damals in der Diskussion: Mit uns wird es das nicht geben. Wir gehen nicht auf Kegelbahnen.

Auch wegen dieser Bemerkung habe ich mir dann außerschulische Lernorte angeguckt; ich muss sagen: Es gibt eine Menge Orte, die ausgezeichnete Bedingungen für außerschulische Aktivitäten bieten würden.

Ich will ein Beispiel nennen: In meinem Wahlkreis, der Stadt Alsdorf, gibt es ein Bergbau-Museum, das „Von der Sonne zur Sonne“ heißt. Viele Minister oder Ex-Minister, zum Beispiel auch Herr Pinkwart, haben dieses Museum besucht.

Dieses Museum bietet ideale Chancen. Es hat Konferenzräume; es hat Luftfilter; es hat Mitmachmöglichkeiten; es hat Museumspädagogen. Aber dieses Museum ist geschlossen. Dabei liegt eine Schule

direkt gegenüber. Man könnte gerade den Wechselunterricht ideal dazu nutzen, in den Zeiten, in denen die Lehrer andere Gruppen unterrichten, an dieser Stelle Angebote zu machen.

Ein weiteres Beispiel: In Aachen, der Heimatstadt unseres Ministerpräsidenten, gibt es einen Abenteuerspielplatz – 10.000 m² Areal, ein großes Haus. Dort ist die benachbarte OGS, eine Schule des Standorttyps 5, ebenfalls seit Wochen geschlossen.

Sie bieten in Ihrem Entschließungsantrag Folgendes an: Das alles haben wir berücksichtigt. Wir geben jetzt „Extra-Zeit zum Lernen“. – Das unterstützen wir. Deshalb werden wir auch den Entschließungsantrag unterstützen.

Nichtsdestotrotz muss ich sagen: Ich stolpere über ein Schreiben der Bezirksregierung Köln vom 10. März 2021 an die pädagogischen Leitungen der außerschulischen Lernorte, in dem, wie ich zitieren darf, Folgendes verlautbart wird:

Auch eintägige Schulfahrten, zum Beispiel zu einem außerschulischen Lernort, werden hiermit erfasst.

Das ist der Wandererlass. Sie dürfen also nicht eintägige Fahrten zu außerschulischen Lernorten machen. Faktisch heißt das: Viele außerschulische Lernorte sind überhaupt nicht erreichbar, weil es den Wandererlass gibt und man an dieser Stelle verbietet, mit öffentlichen Nahverkehrsmitteln dorthin zu fahren.

Meines Erachtens gibt es da bessere Lösungen. Man könnte sagen: Schüler, die morgens getestet sind, können nachmittags auch zum außerschulischen Lernort gehen.

Ich habe mit Theaterpädagogen gesprochen. Die Künstlerinnen und Künstler stehen vor der Tür und dürfen nicht hinein. Es gibt eine Menge an Förderung von Kultur für Kinder und Jugendliche. Aber sie dürfen im Augenblick nicht in die Gebäude hinein. Das sind übrigens Fachleute, die in wirtschaftlicher Not sind und denen wir damit ein Standbein geben könnten.

Ich will abschließen und sagen: „Bedenken second“ hat die FDP 2017 plakatiert. Zu spüren ist davon nicht viel. Im Gegenteil: Bürokratie statt Lösungen!

(Henning Höne [FDP]: Mit Blick auf das Wahlergebnis hat das ganz gut funktioniert!)

Blicken wir auf die guten Ideen vor Ort – in den Kommunen, in den Bildungsbüros. Lassen Sie uns die engagierten Menschen miteinander verbinden, Netzwerke schaffen und zum Wohle unserer Kinder Entwicklungs- und Aufenthaltsangebote machen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. Glück auf!

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Voigt-Küppers. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU Herr Kollege Kamieth das Wort.

Jens Kamieth (CDU): Danke. – Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Über die Frage, was Politik kann, um Kindern und Jugendlichen aus der Pandemie zu helfen, haben wir nicht zuletzt gestern mit Blick auf die Erstattung der Elternbeiträge miteinander diskutiert.

Ich danke in diesem Zusammenhang gerne noch einmal meinem Kollegen Raphael Tigges. Er hat, wie ich finde, sehr gut klargemacht, mit welchen konkreten Maßnahmen Bund, Land und die kommunale Familie das Ihrige dazu getan haben, um Kinder, Jugendliche und Familien in dieser herausfordernden Zeit zu unterstützen.

Die CDU-geführte Bundesregierung hat das Kindergeld und den Kinderfreibetrag erhöht, die Zahlung eines Kinderbonus für die Jahre 2020 und 2021 beschlossen, die Ausweitung der Kinderkrankentage für die Eltern auf den Weg gebracht und für eine Entlastung durch den Kinderzuschlag für Familien mit geringem Einkommen gesorgt.

Das Land hat im engen Schulterschluss mit der kommunalen Familie Elternbeiträge erstattet, für Schutzausrüstung wie FFP2-Masken gesorgt, kostenlose Testmöglichkeiten zur Verfügung gestellt, ein Kita-Helfer-Programm aufgelegt und zuletzt 64 Millionen Euro für Selbsttests zur Verfügung gestellt.

(Michael Hübner [SPD]: Im Februar!)

Ich meine, es ist keine Zeit für Selbstlob. Jede, jeder tut in dieser herausfordernden Zeit nach Kräften, was sie, was er kann.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Zwei Dinge kann man festhalten.

Aus Sicht der Kinder: Wir tun unser Möglichstes, um zu gewährleisten, dass Kinder wieder von frühkindlicher Bildung und Kontakt mit Gleichaltrigen profitieren können.

Aus Sicht der Eltern: Wir tragen dafür Sorge, dass Eltern auf Betreuungsangebote zurückgreifen können, die es ihnen ermöglichen, Beruf und Familie miteinander in Einklang zu bringen.

Das einmal als Zwischenfazit.

Sie wissen, dass CDU und FDP immer an einer sachlichen Debatte interessiert sind. Deswegen will ich konkret auf die Beschlusspunkte aus Ihrem Antrag eingehen.

Erstens. Sie fordern, bei weiteren Öffnungsschritten die Bedarfe von Kindern und Jugendlichen in den Blick zu nehmen und Angebote für sie prioritär zu

öffnen. Dazu sage ich: Das war bereits in der Vergangenheit, ist jetzt und bleibt auch in Zukunft die Richtschnur des Handelns der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen CDU und FDP. Unser Ministerpräsident Armin Laschet und unser Familienminister Dr. Stamp, mein Kollege Marcel Hafke und ich haben das auch an dieser Stelle hier im Hohen Haus immer wieder deutlich gemacht.

Zweitens. Sie fordern, die Testmöglichkeiten für Kinder sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erweitern.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Kamieth, entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche. Es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage. Ich habe leider die kleine Pause vor dem „Zweitens“ verpasst. Die Kollegin Voigt-Küppers würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Jens Kamieth (CDU): Gerne.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte sehr.

Eva-Maria Voigt-Küppers (SPD): Danke, Herr Kamieth, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Ich will an dieser Stelle gar keine kontroverse Diskussion führen. Es geht mir darum, konstruktiv bessere Möglichkeiten für Kinder und Jugendliche zu finden.

Stimmen Sie mir zu, dass es erschreckend ist, wenn auf der einen Seite gesagt wird: „Wir öffnen jetzt mehr“, aber auf der anderen Seite faktisch durch den Wandererlass die Möglichkeit genommen wird, diese neu geöffneten Einrichtungen dann zu besuchen?

Jens Kamieth (CDU): Ich bin insofern bei Ihnen, als dass wir in der Tat schauen müssen: Wie können wir lokal auf die Inzidenzen reagieren? – Wir sind ein großes, vielfältiges Land mit sehr unterschiedlichen Situationen. Der Begriff „auf Sicht fahren“ hat sich im Grunde genommen seit einem Jahr etabliert. Ich meine, dass das auch tatsächlich der Punkt ist, der die Antwort auf Ihre Frage ist.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Der hat sich gerade nicht bewährt! – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Ich bin selbst – bedauerlicherweise – Bewohner eines Kreises, der im Moment, glaube ich, unter den Top 3 im Land ist, was die Inzidenzen betrifft. Wir haben gerade die 200 überschritten. Deswegen muss man im Kreis Siegen-Wittgenstein im Moment halt anders ...

(Josefine Paul [GRÜNE]: Nur, weil demnächst Ostern ist, muss man nicht so rumeiern! – Heiterkeit von den GRÜNEN und der SPD)

– Warum lachen Sie, wenn ich Ihre ...

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Entschuldigung! Das war die eine Zwischenbemerkung!)

– Ich halte es für keinen angemessenen Umgang mit diesem Thema, eine Zwischenfrage zu stellen und sich dann mit anderen durchaus geschätzten Kolleginnen hier zu belachen.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Entschuldigung!)

Tut mir leid. Dann spare ich mir auch den Rest der Antwort auf Ihre Zwischenfrage.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Glück gehabt! Da war ja auch nicht viel Antwort!)

– Melden Sie sich doch, Frau Kollegin. Dann können wir hier vielleicht alle zusammen lachen, wenn Ihnen danach ist.

Zweitens. Sie fordern, die Testmöglichkeiten für Kinder sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erweitern.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Das ist aber sehr viel Dünnhäutigkeit!)

Dazu sage ich: Wir haben von Anfang an unsere Möglichkeiten ausgeschöpft und Schritt für Schritt das Angebot an Schutzausrüstung und Testmöglichkeiten erweitert. Erst waren es FFP2-Masken. Dann gab es Testmöglichkeiten. Jetzt sind es die Mittel für die Selbsttests. Die Menschen in Nordrhein-Westfalen können sich darauf verlassen, dass wir auch weiterhin unser Bestes geben, um den Schutz der Kinder und Jugendlichen sowie der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewährleisten.

Drittens und viertens. Sie fordern, einen Kinder- und Jugendgipfel und einen runden Tisch einzuberufen. Dazu sage ich: Gipfel braucht man immer dann, wenn ein regelmäßiger Austausch fehlt. Das ist aber sowohl mit Blick auf die Landesregierung als auch mit Blick auf die Fraktionen von CDU und FDP nicht der Fall. Wir brauchen keine PR-Veranstaltungen, sondern ein vertrauensvolles Miteinander, wie es die CDU und die FDP selbstverständlich mit allen Kindern und Jugendlichen sowie den relevanten Akteuren seit jeher pflegen.

Es freut mich, dass Sie in Ihrem Antrag das wichtige Thema der Familienerholung ansprechen. Dazu kann ich Ihnen mitteilen, dass wir im Haushalt ein Sonderprogramm in Höhe von 1 Million Euro beschlossen haben. Gerade jetzt in Zeiten der Pandemie, wo Familien unsere besondere Unterstützung brauchen, ist das ein ganz wichtiges Signal. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des MKFFI sind bereits mit den zuständigen Trägern der Familienerholung im engen Austausch.

(Beifall von Raphael Tigges [CDU])

Fünftens. Sie fordern, über Rettungsschirmmittel ein Jahr lang Bildungsangebote der Familienbildung und die Mitgliedschaft in einem Sportverein zu finanzieren. Liebe SPD, diese Forderung haben Sie schon in einem anderen Antrag erhoben. Wir haben sie schon damals aus guten Gründen abgelehnt. Gelder aus dem Rettungsschirm sind letztlich auch Schulden.

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle wird zum einen deutlich, wie unkreativ Sie sind, indem Sie alte Dinge wieder hervorholen.

(Zuruf von Regina Kopp-Herr [SPD])

Zum anderen zeigt das, dass Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen nach wie vor nicht mit Geld umgehen können.

Sechstens und siebtens. Sie fordern, Studien zu den Bedarfen und Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen auf den Weg zu bringen. Frau Kollegin, Sie haben gerade selbst eine Studie zitiert. Ich sage Ihnen noch einmal ausdrücklich: Bundesfamilienministerin Giffey hat das Deutsche Jugendinstitut und das Robert Koch-Institut mit einer Studie beauftragt. Auch die Bertelsmann Stiftung geht jüngst in einer Studie genau den Fragen nach, die Sie in Ihrem Antrag ansprechen. Mir ist nicht ersichtlich, welchen zusätzlichen Erkenntnisgewinn eine weitere Studie bringen soll. Bitte klären Sie das doch einmal mit Ihrer Bundesfamilienministerin.

Abschließend fordern Sie einmal mehr, die Elternbeiträge für Kitas und den Offenen Ganztags auszusetzen. Darüber haben wir zum einen gestern hier ausführlich und zum anderen in den vergangenen Monaten in den Ausschüssen mehrfach debattiert. Wir haben natürlich auch ein zweites beitragsfreies Kitajahr eingeführt.

(Michael Hübner [SPD]: Dazu haben Sie doch gar keinen Beitrag geleistet!)

Ich fasse zusammen: Ihre Forderungen zeugen von der Ideenlosigkeit Ihrer Familienpolitik im Allgemeinen

(Josefine Paul [GRÜNE]: Das ist doch nicht zu fassen!)

und mit Blick auf die derzeitige pandemische Situation im Besonderen. CDU und FDP arbeiten weiter dafür, unseren Kindern und Jugendlichen sowie den Familien einen guten Weg aus der Pandemie aufzuzeigen. – Danke schön.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Kamieth. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP Herr Kollege Abgeordneter Hafke das Wort.

Marcel Hafke (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Plenarwoche neigt sich dem Ende zu – und damit einmal mehr eine Woche, in der wir mitten in der Pandemie leben und leben müssen, wie in mittlerweile so vielen Wochen. Diese Wochen und Monate ähneln sich alle auf merkwürdige Weise. Gleichzeitig ist die Lage hoch dynamisch und in Teilen schlicht unübersichtlich geworden – unübersichtlich insbesondere dann, wenn es darum geht, die Auswirkungen und Folgen der ja notwendigen Coronamaßnahmen in aller Tiefe und Breite nachzuvollziehen.

Hier verhält es sich wie so oft: Der Chor derer, die sich benachteiligt und übergangen fühlen, ist vielschichtig und singt oft auch noch im Kanon.

Die Frage ist dabei aus meiner Sicht weniger, wie gerechtfertigt das jeweilige Anliegen ist, sondern viel mehr, ob man auch wirklich diejenigen hört, die sich nur schwer Gehör verschaffen können.

Insofern finde ich es gut und richtig, dass wir uns an dieser Stelle mit der Pandemie und den Folgen für die Kinder und Jugendlichen in unserem Land auseinandersetzen.

Ich habe hier das Glück, dass meine Frau in einer Hauptschule in Wuppertal unterrichtet und ich so seit Beginn der Coronakrise recht nahe am Alltag in Ausnahmezeiten in der Schule bin.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, ich stimme Ihnen daher in der Zielsetzung Ihres Antrags ausdrücklich zu. Wir müssen die Belange der Kinder sowie der Schülerinnen und Schüler in der Pandemiebekämpfung ganz zentral mitdenken.

Was mich allerdings bei Ihren Anträgen in diesem Bereich nach wie vor sehr irritiert, sind erstens Ihr Auftreten – wenn Sie nicht gerade an diesem Pult damit beschäftigt sind, so zu tun, als wären Sie die Einzigen, denen dieses Thema noch am Herzen liegt – und zweitens Ihr verbesserungswürdiges Timing.

Zum Ersten: Die Art und Weise, wie Sie und Ihre Parteikollegen in Duisburg und Dortmund drei Tage nach Wiedereröffnung der Schulen und Kitas ohne irgendeine Absprache mit dem Land losschlagen, um alles pauschal dichtzumachen, steht im krassen Gegensatz zu den Krokodilstränen, die Sie hier und heute vergießen.

Zum Zweiten: Beim Timing muss die Frage erlaubt sein, ob Sie die Maßnahmen von Minister Stamp, von Ministerin Gebauer und von Minister Laumann einfach aktiv ausblenden. Anders kann ich mir das tatsächlich nicht erklären.

Bezüglich der Kitas hat Joachim Stamp bereits im Sommer eine Betreuungsgarantie ausgesprochen, gerade weil die Folgen für die Kinder so dramatisch sind. Auch die Eltern, die Familien, die Teams vor Ort befürworten weit überwiegend geordnete und ge-

sicherte Eröffnungsangebote, weil „ganz dicht machen“ in keinem Verhältnis zu den Folgeschäden für alle Beteiligten steht.

Ich fasse Ihnen das gerne kurz zusammen – das habe ich bereits am Mittwoch getan –:

Erstens. Wir haben das Alltagshelferprogramm plus die Verlängerung zur Verfügung gestellt. Gleichzeitig führen wir gerade Gespräche über eine Anschlussqualifizierung.

Zweitens. Wir haben die Impfpriorität – und das ist ein Megaerfolg – für das Kita-Personal und die Mitarbeiter erhöht.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Das Ganze wird hoffentlich bis Ostern abgeschlossen sein.

Drittens. Wir haben 4 Millionen FFP2-Masken für die Einrichtungen zur Verfügung gestellt, Herr Mostofizadeh, sowie Testmöglichkeiten und eine entsprechende Arbeitsschutz-Hotline.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Jeden Tag das Gleiche vortragen!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Hafke, entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche. Frau Voigt-Küppers würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Marcel Hafke (FDP): Die Frau Kollegin hatte eben genügend Zeit, ihre Position darzustellen. Ich würde deswegen gerne erst einmal ausführen.

Meine Damen und Herren, Sie haben recht, was das Testen und Impfen angeht. In der Tat muss das der Weg sein. Das geht jedoch nicht von heute auf morgen. Aber Nordrhein-Westfalen hat sich hier frühzeitig auf den Weg gemacht. Viele Bundesländer sind in dieser Frage auf unseren Kurs eingeschwenkt. Das zeigt, dass wir vielleicht nicht immer alles, aber eben doch vieles richtig machen.

Ich muss den Aussagen in Ihren Anträgen klar widersprechen. Niemand spielt hier Wirtschaft und Familie gegeneinander aus. Ganz im Gegenteil! Nur gemeinsam können wir durch diese Krise kommen.

Sie sprechen davon, dass Kinder Probleme mitkriegen. Das ist richtig. Ich bin einmal so frei, Frau Voigt-Küppers, Ihre Liste einfach einmal fortzusetzen. Die Kinder bekommen auch die Existenzängste der Eltern mit – Ausbildungskosten, Kreditzahlung, Arbeitskollegen und Kurzarbeit, was überall kursiert. Diese Sorgen ausblenden zu können, muss man sich meines Erachtens erst einmal leisten können, verehrte Kollegin von der SPD.

Wir müssen Lern- und Entwicklungschancen auch außerhalb der Schulzeiten ermöglichen und außer-

schulische Bildungsangebote zum Ausgleich der Pandemiefolgen nutzen. Aber auch hier – wie in der Kinderbetreuung und der frühkindlichen Bildung – ist die Landesregierung bereits auf dem Weg und stellt nach Kräften die entsprechenden Weichen.

Wir haben das Förderprogramm „Extra-Zeit zum Lernen“ aufgesetzt und diesen Monat bereits 36 Millionen Euro für außerschulische Betreuungs- und Bildungsangebote zur Verfügung gestellt, die allen Schülerinnen und Schülern aller Schulformen zugutekommen sollen. Auch das hat bereits im Sommer 2020 gut funktioniert.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Das würde ich so nicht sagen!)

Dabei können private und öffentliche Bildungsträger flexible Angebote machen, die zum Ausgleich von Lerndefiziten dienen sollen. Das halte ich angesichts der zeitlichen und organisatorischen Verwerfungen in der Pandemie für sehr wichtig. Die Programme können nicht nur in Ferienzeiten, sondern beispielsweise auch am Wochenende oder im Nachmittagsbereich angeboten werden.

Wie hinderlich überbordender Bürokratismus sein kann, zeigt die Krise zudem zu Genüge. Daher lassen die Förderrichtlinien explizit auch digitale Angebote zu.

Meine Damen und Herren, das Programm läuft bis Ende der Sommerferien 2022. Damit bietet es allen Beteiligten ausreichend Planungssicherheit. Es denkt auch Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf mit. Das halte ich für eine ganz wichtige Säule dieser Förderrichtlinie. So gibt es auch die Möglichkeit, Bildungs- und Betreuungsangebote im häuslichen Umfeld durchzuführen.

In unserem gemeinsamen Entschließungsantrag werden die Fraktionen von CDU und FDP zudem für eine zeitnahe Evaluierung und dafür, Abrufzahlen und Angebote im Rahmen des Programms „Extra-Zeit für Bildung in NRW“ zu erheben und dabei zu überprüfen, ob die bisherigen Bemühungen zum Ausgleich von pandemiebedingten Lernrückständen ausreichend sind.

Außerdem fordern wir, zu prüfen, in welchem Rahmen eine Studie zur Untersuchung der pandemiebedingten psychischen Folgen bei Schülerinnen und Schülern beauftragt werden kann, um die Auswirkungen der Pandemie auch in den kommenden Jahren durch gezielte Programme ausgleichen zu können.

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Meine Damen und Herren, Sie sehen – wenn Sie es denn sehen möchten –, dass die Landesregierung sowie CDU und FDP alles daransetzen, die Folgen der Pandemie für Kinder und Jugendliche so gering wie möglich zu halten. Dabei gibt es nach wie vor viele Herausforderungen zu bewältigen. Es wäre ver-

messen, zu sagen, dass schon alles perfekt funktioniert. Aber der richtige Weg ist eingeschlagen.

Ich wünsche mir, dass wir alle gemeinsam in diesem Haus ein Stück weit zu konstruktiven Debatten zurückkehren; denn in der Zielsetzung herrscht meines Erachtens weitgehend Einigkeit.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Die junge Generation, Herr Kollege Mostofizadeh, in NRW leidet. Wir müssen alles dafür tun, die Folgen nicht ausufern zu lassen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Hafke. Wie Sie gesehen haben, ist von Frau Abgeordneter Voigt-Küppers von der SPD-Fraktion eine Kurzintervention angemeldet worden. Es steht Ihnen frei, wo Sie diese entgegennehmen. – Ich schalte jetzt das Mikrofon für Frau Voigt-Küppers für 90 Sekunden Kurzintervention frei.

Eva-Maria Voigt-Küppers (SPD): Vielen Dank. – Herr Hafke, ich schließe mich Ihren abschließenden Worten in weiten Teilen an. In der Tat geht es darum, gemeinsam Wege und Lösungen für Kinder und Jugendliche zu finden.

Ich will an dieser Stelle aber betonen: Ihre Art, mit unseren Anträgen und unserem Verhalten umzugehen, empfinde ich als herablassend und den gemeinsamen Zielen nicht entsprechend.

Ich will auch nicht verhehlen, dass eine ganze Menge getan wird. Das ist gut so. Nichtsdestotrotz dürfen wir als Opposition doch unser Recht wahrnehmen, zu sagen: Da ist das eine oder andere, was wir für verbesserungswürdig halten.

Ja, ich habe in meiner Rede deutlich gesagt, dass wir den Entschließungsantrag unterstützen werden, obwohl wir der Meinung sind, dass auch hier das eine oder andere vielleicht anders zu machen wäre. Aber es geht uns um das große Zeichen: Wir wollen gemeinsam etwas für die Kinder tun. – Deshalb sind 36 Millionen Euro für Kinder in Extra-Lernzeit gut investiert. Das streitet kein Mensch ab.

Der Kritikpunkt ist, dass dieses Programm erst ab den Sommerferien genutzt werden kann und dass es für die Zwischenzeit von den Osterferien bis zu den Sommerferien für uns wenig erkennbare andere Dinge gibt. Die anderen Dinge, die es in Kultur und Sport gibt, werden zurzeit nicht genutzt, weil die Türen verschlossen sind.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Stimmen Sie mir zu, Herr Hafke, dass wir an dieser Stelle, wo es Ungleichheiten und Ungereimtheiten

gibt, wo Stolpersteine im Weg sind, gemeinsam versuchen sollten, es besser zu machen?

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Voigt-Küppers. – Ich schalte jetzt das Mikrofon von Herrn Kollegen Hafke für 90 Sekunden zur Erwidern frei.

Marcel Hafke^{*)} (FDP): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – In dieser Pandemie ist, ehrlich gesagt, überhaupt nichts gerecht und läuft überhaupt nichts vernünftig. Deswegen probieren wir vom ersten Tag an, alles zu machen, damit die Kinder und Jugendlichen bestmöglich durch die Pandemie kommen – im Übrigen auch teilweise gegen krasse Widerstände aus Ihrer Fraktion.

So erinnere ich mich an die verschiedenen Sitzungen im Familienausschuss, wo eher der Tenor herrschte, wir sollten doch gucken, den Kita-Betrieb möglichst weit einzuschränken. Das ist ein ganz großer Gegensatz zu dem, was wir als CDU und FDP machen. Wir sorgen nämlich dafür, dass die Kinder und Jugendlichen an den Orten, an denen sie sich aufhalten, Bildungschancen bekommen.

Deswegen sind wir gut beraten, nicht mit Aktionismus in dieser Pandemiebekämpfung voranzugehen, sondern die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die Träger und die Verantwortlichen die Programme dann auch gut umsetzen können.

So habe ich das verstanden. Deswegen glaube ich, dass das in der Szene und bei allen Beteiligten gut ankommt. Ich denke, dass wir auf einem sehr guten Weg sind. Da, wo es Verbesserungspotenzial gibt, werden wir das entsprechend umsetzen. Das habe ich eben auch angekündigt. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Hafke. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Paul das Wort.

Josefine Paul (GRÜNE): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Natürlich sind wir uns über viele Dinge auch einig. Es gibt viele Dinge, die wir als Oppositionsfraktion mitgetragen haben, mit denen die Kitas unterstützt worden sind, die Jugendverbandsarbeit unterstützt worden ist und vieles mehr.

Allerdings kann ich zunehmend weniger verstehen, dass, wann immer wir wirklich konstruktiv miteinander hier im Parlament diskutieren wollen, welche weiteren Maßnahmen es braucht, unsere Arbeit stets

diskreditiert wird, indem gesagt wird: Was macht die Opposition denn da? Sie hätten ja wirklich auch einmal etwas einbringen können.

Aber wann immer wir etwas einbringen, wird es von Ihnen hier plattgeredet.

(Beifall von der SPD und Stefan Engstfeld [GRÜNE])

Ich muss auch sagen: Das, was Sie hier vorgetragen haben, liebe Kollegen von CDU und FDP, war ganz dünne Suppe. Das haben Sie uns gestern alles schon einmal vorgetragen. Es ist ja auch nicht falsch, was Sie gestern alles vorgetragen haben.

(Zuruf von Jens Kamieth [CDU])

– Ja, Herr Kollege Kamieth, Sie nicht. Das war der Kollege Tigges schräg hinter Ihnen. Aber im Grunde genommen waren es die gleichen Wortbausteine, die da vorgetragen worden sind.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von Jens Kamieth [CDU])

Das finde ich einfach enttäuschend. Lieber Kollege Kamieth, das, was Sie hier vorgetragen haben, waren in allererster Linie Stanzen. Das war wenig Kreatives.

Und dann wussten Sie noch nicht einmal, was im Programm der Bildungsministerin steht.

(Beifall von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] und Regina Kopp-Herr [SPD])

Anders ist Ihre Antwort auf die Frage doch nicht zu verstehen.

Das ärgert mich schon. Das ist aus meiner Sicht kein konstruktiver Umgang miteinander, kein konstruktives gemeinsames Ringen.

Denn das, was hier in den Anträgen beschrieben worden ist, ist doch nicht völlig Wolkenkuckucksheim. Es ist das, was uns und auch Ihnen zurückgemeldet wird – aus der Jugendarbeit, von Kindern und Jugendlichen, aus der Jugendverbandsarbeit. Viele von uns haben sicherlich auch die Aktion „Stimme für die Jugend“ wahrgenommen, die der Arbeitskreis G5 vor Kurzem auf den Weg gebracht hat.

Gerade fand auch eine kreative Onlinedemo dazu statt. Bei dieser Demo gab es ganz viele beeindruckende Botschaften von jungen Menschen, die deutlich gemacht haben, wie sie sich in dieser Pandemie fühlen und was sie brauchen – nämlich einerseits, dass wir ihnen zuhören, und andererseits, dass wir darum bemüht sind, ihnen Freiräume zurückzugeben. Es geht eben nicht nur um die Interessen von Erwachsenen, sondern auch ganz klar darum, junge Menschen als das zu begreifen, was sie jenseits von Schule sind, nämlich Menschen, die Entwicklungsräume brauchen, die Freiräume brauchen und die vor allem auch gehört werden wollen.

Die JuCo-Studie ist vorhin schon angesprochen worden. 65 % der in dieser Studie befragten Jugendlichen gaben an, dass sie sich im zweiten Lockdown nicht ernst genommen, nicht gehört und mit ihren Sorgen nicht gesehen gefühlt haben.

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Das ist umso bedauerlicher, wenn man sich vor Augen führt, dass die Politik als Konsequenz aus dem Frühjahr gesagt hat: Jetzt nehmen wir Kinder und Jugendliche mehr in den Blick; jetzt haben Kinder und Jugendliche Priorität für politisches Handeln.

Trotzdem hat sich der Wert von einem Lockdown zum nächsten Lockdown noch einmal um 20 % verschlechtert. Im Frühjahr haben 45 % der Jugendlichen gesagt, dass sie sich nicht gesehen fühlen. Im zweiten Lockdown waren es 65 % der Kinder und Jugendlichen.

Das ist ein deutliches Zeichen dafür, dass wir gemeinsam in der Verantwortung sind, mehr für junge Menschen zu tun und mehr dafür zu tun, sie ernst zu nehmen, aber auch ihre Rückmeldungen zu hören; denn da gibt es ganz viel Kreativität.

Noch mehr erschüttert mich eine zweite Zahl aus dieser Studie. 58 % gehen nämlich davon aus, dass Politik – wir als Politikerinnen und Politiker – junge Menschen nicht im Blick hat, dass Politik sich nicht an ihnen orientiert und dass sie der Politik nicht wichtig sind. Sie gehen zu einem genauso großen Anteil davon aus, dass sie ihre Ideen in die Politik nicht einbringen können und es gar nicht erst zu versuchen brauchen.

Das ist ein ganz schlechtes Signal. Das müssen wir ernst nehmen. Das muss sich ändern. Teilhabe und Beteiligung sind zentrale demokratische Rechte. Es sind zentrale Kinderrechte. Vertrauen ist eine Grundlage der Pandemiebekämpfung.

Das heißt natürlich auch, dass wir junge Menschen verlieren, dass wir das Vertrauen junger Menschen verlieren und dass junge Menschen das Vertrauen in Politik verlieren, wenn Politik nicht andersherum auch jungen Menschen vertraut und auf sie zugeht, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Helmut Seifen [AfD]: Das sind Argumente von gestern!)

Kinder und Jugendliche sind Expertinnen und Experten in eigener Sache. Sie wollen ihr Leben und ihre Lebenswelt gestalten. Das gilt selbstverständlich auch in der Pandemie.

Ich habe es gerade schon erwähnt: Es gab viele beeindruckende Beiträge gerade bei dieser Onlinedemonstration – zum einen zur Lebenssituation, zum anderen aber auch dazu, was es jetzt braucht, um die Lebenssituation zu verbessern und um wieder Dinge zu ermöglichen. Das zeigt, wie verantwor-

tungsbewusst junge Menschen mit dieser Situation umgehen und wie verantwortungsbewusst sie sich daran beteiligen wollen, gemeinsam hier etwas zu gestalten.

Kindern und Jugendlichen Priorität einzuräumen, heißt, zu versuchen, diese Freiräume und diese Peerkontakte wieder zu ermöglichen. Das ist wichtig für ein gesundes Aufwachsen und eine gute Entwicklung. Das gilt selbstverständlich auch in der Pandemie.

In diesem Zusammenhang sind Ansätze wie das Ferienprogramm „Extra-Zeit zum Lernen“ ein erster Schritt – natürlich. Diesmal muss das Programm allerdings auch ankommen.

Hier wurde das Sommerferien-Programm sehr gelobt. Wenn von 70 eingestellten Millionen nicht einmal 5 Millionen Euro abgerufen werden, ist das, finde ich, kein besonders erfolgreiches Programm.

(Beifall von der SPD und Wibke Brems [GRÜNE])

Wenn dies aber genutzt wird, um daraus zu lernen, um Kreativität zu fördern und bessere Schritte zu gehen, dann sind wir doch dabei. Aber auch hier geht es darum, dass auch das gemeinsam und aufeinander abgestimmt erfolgen muss. Die Akteure, die aus der Jugendarbeit bereits unterwegs und im guten Gespräch mit dem Familienminister sind, müssen genauso an ein Programm im Bildungsministerium angedockt sein. Das muss gewährleistet sein, sonst geht es eben leider schief. Ich glaube, wir wollen alle miteinander nicht, dass das schiefgeht.

(Beifall von Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD])

Noch einen Satz zu den außerschulischen Lernorten – da bin ich ganz bei den Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion –: Außerschulische Lernorte sind schon in nichtpandemischen Zeiten absolut wichtig für ganzheitliche pädagogische Prozesse. In diesem Fall – das schreiben Sie ja in Ihrem Antrag – sind außerschulische Lernorte Teil der Lösung und nicht Teil des Problems.

Umso unverständlicher ist es, dass sie als solche Lösungsansätze nicht aufgenommen werden, dass sie offensichtlich nicht einmal mitgedacht werden. Wenn es darum geht, Perspektiven und Entwicklungsräume für junge Menschen zu schaffen, und das entzerrt, dann brauchen wir solche Räume, in denen übrigens das pädagogische Personal vorhanden ist. Denken Sie beispielsweise an Gedenkstätten etc. Das pädagogische Personal ist da. Es kann für solche Gruppenangebote etc. eingesetzt werden. Also nutzen Sie das! Da bin ich ganz bei der SPD. Nutzen Sie das, und heben Sie die Schließungen auf. Wir brauchen diese Einrichtungen, damit wir Bildungsprozesse auch in der Pandemie gut fortführen können.

(Beifall von Regina Kopp-Herr [SPD] und Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD])

Wir brauchen jetzt endlich mehr Engagement für Kinder und Jugendliche. Das ist ein klarer Auftrag für uns, weil uns Kinder und Jugendliche zurückmelden, dass sie sich von uns nicht gesehen fühlen, dass sie das Gefühl haben, ihre Bedürfnisse seien uns nicht genügend wert. Ich glaube, wir müssen jetzt mehr tun, und zwar nicht immer im Klein-Klein und gegeneinander.

Ich will aber noch einmal auf meinen Appell vom Anfang zurückkommen. Dazu gehört auch, dass man nicht jeden Vorschlag der Opposition als Majestätsbeleidigung auffasst und sagt: Da habt ihr nicht richtig zugehört, das machen wir doch schon alles.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: So ist es!)

Wir werden nur gemeinsam durch diese Pandemie kommen. Die Leute werden uns nur dann weiterhin vertrauen, bzw. wir gewinnen nur dann verloren gegangenes Vertrauen zurück, wenn wir das Klein-Klein und das ganz kleine Karo überwinden und wirklich gemeinsam – in diesem Fall für Kinder und Jugendliche – vorangehen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Paul. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der AfD Frau Abgeordnete Dworeck-Danielowski das Wort.

Iris Dworeck-Danielowski⁹⁾ (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich werde mich kurzfassen. Ja, liebe SPD, Sie haben recht: Kinder brauchen mehr Freiräume, Kinder haben besondere Bedürfnisse, und auf den Schultern der Kinder liegt aktuell eine sehr große Last.

Allerdings brauchen Kinder das, was Sie uns hier als Lösung vorschlagen, einen Dreiklang aus Gipfel, rundem Tisch und Rettungsschirm, im Moment überhaupt nicht. Das hilft ihnen nicht weiter. Damit sich Kinder weiterhin glücklich und gesund entwickeln können, ist die Beendigung des Lockdowns erforderlich.

Dazu gehört, dass die Kitas geöffnet bleiben, dass sie am Präsenzunterricht teilnehmen können – die wissenschaftlichen Erkenntnisse geben das her, auch die, die dem Krisenstab des Landtags vorliegen –, dass sie im Freien von der Maskenpflicht befreit sind, dass sie auf dem Spielplatz keine Masken mehr tragen müssen, dass sie auch auf dem Schulhof ohne Masken spielen können, also überall da, wo man Abstände ohne Probleme einhalten kann.

Weiter gehört dazu, dass die Schwimmbäder geöffnet werden, dass die Kinder spielen können, mit wem

sie möchten, dass die Kontaktbeschränkungen aufgehoben werden. Dann können sich Kinder, die bekanntermaßen keine Pandemietreiber sind, die gesund sind und maximal eine asymptomatische Infektion haben können, die selbst laut RKI im Infektionsgeschehen eine untergeordnete Rolle spielt, ganz normal und glücklich entfalten. Das ist es, was Kinder brauchen.

Das wäre eine Rückkehr zur verantwortungsvollen Normalität, wie sie uns die Landesregierung schon letzten Sommer versprochen und vollmundig angekündigt hat, wovon wir noch Meilen entfernt sind. Das ist das, was wir brauchen. Wir brauchen keinen runden Tisch, keinen Gipfel und keinen Rettungsschirm.

Mehr dazu wird Ihnen gleich mein Kollege Herr Seifen sagen. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Dworeck-Danielowski. – Für die Landesregierung hat nun Herr Minister Dr. Stamp das Wort.

Dr. Joachim Stamp*), Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kinder, Jugendliche und Familien sind in besonderer Weise von den Auswirkungen der Pandemie betroffen. Deshalb brauchen sie auch unsere besondere Solidarität und Unterstützung. Das Thema „Schule“ ist dabei ganz zentral. Aus diesem Grund war und ist es uns sehr wichtig, die Schulen früh zu öffnen und geöffnet zu halten.

Unverzichtbar ist aber auch die außerschulische Bildung, und dazu gehören Kitas, Jugendarbeit und Familienbildung. Diese Orte der Bildung sind elementar für die Persönlichkeitsentwicklung und für ein selbstbestimmtes Leben. Wir müssen sie deshalb in der Pandemie stärken. – Da stimme ich Ihnen im Übrigen ausdrücklich zu, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion. Da ziehen wir alle gemeinsam an einem Strang für die Kinder, für die Jugendlichen, für die Familien in Nordrhein-Westfalen. Das will ich ganz deutlich sagen.

Gemeinsam mit unseren Partnern im Land haben wir erhebliche Anstrengungen unternommen, diese Orte der Bildung und Teilhabe auch in der Pandemie möglichst immer offenzuhalten. Wir können deshalb schrittweise außerschulische Bildungsangebote in Präsenz ermöglichen. Eltern-Kind-Angebote der Familienbildung und der Frühen Hilfen waren noch lange nach Beginn des zweiten Lockdowns in Präsenz möglich.

Das Land unterstützt außerdem bereits jetzt mit erheblichen finanziellen Mitteln die Träger dabei, trotz pandemiebedingter Einschränkungen ihre Struk-

turen bei außerschulischen Bildungs- und Sportangeboten voll leistungsfähig zu halten.

Insgesamt will ich den Fokus noch einmal auf die Strukturen lenken. Es geht jetzt zum Beispiel nicht darum, Teilnehmerbeiträge von Kindern und Jugendlichen finanziell zu subventionieren. Diese Angebote sind für die Teilnehmenden oft sehr günstig oder meist sogar kostenlos. Jetzt geht es vorrangig um den Erhalt der Strukturen für Kinder, für Jugendliche, für Familien. Was einmal geschlossen ist, macht in der Regel so schnell nicht wieder auf. Deshalb brauchen wir vor allem einen wirksamen Rettungsschirm für die Infrastruktur. Diesen Rettungsschirm hat die Landesregierung aufgespannt; das war mir von Anfang an sehr wichtig.

Sehr wichtig ist mir im Übrigen auch, dass Kinder und Jugendliche mit ihren Anliegen Gehör finden. Eine aktuelle Studie der Bertelsmann Stiftung zusammen den Universitäten Hildesheim und Frankfurt am Main hat uns aktuell noch einmal gezeigt, wie wenig sich Jugendliche in der Pandemie gehört fühlen. Knapp zwei Drittel gaben das für den zweiten Lockdown an.

Ich bin aber davon überzeugt, dass uns ein Kinder-, Jugend- und Familiengipfel nicht weiterbringen würde. Dafür ist die Bedarfslage zu heterogen. In Wirklichkeit ist Beteiligung kontinuierliche und oft auch – das muss man dazusagen – kleinteilige Arbeit. Das wissen Sie alle. Wir arbeiten deshalb täglich daran, im engen Kontakt mit den Trägern und Interessenvertretungen, also den Fachleuten vor Ort, geeignete Schritte zur Sicherung der Angebote jenseits von Präsenzformen und durch gezielte Öffnungen von Präsenzangeboten zu gehen.

Seit Beginn der Pandemie beraten wir uns einmal wöchentlich mit den Landeszentralen Träger der Kinder- und Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit wie auch mit den Landesjugendämtern. Darunter ist auch der Landesjugendring, um das klar zu sagen. Die Antworten werden in Orientierungshilfen, in sogenannten FAQs, zur Umsetzung von Angeboten der Jugendförderung übersetzt und die Anregungen von uns in die Gespräche innerhalb der Landesregierung eingebracht.

Das mag nicht so spektakulär sein wie ein Gipfel, hilft aber an den entscheidenden Stellen allen Beteiligten ganz konkret, in der Pandemie handlungsfähig zu sein – für die Kinder, für die Jugendlichen, für die Familien bei uns in Nordrhein-Westfalen. Aus der Szene gibt es dazu durchweg positive Rückmeldungen.

Die Landeszentralen Träger, der Arbeitskreis G5, veranstalten heute eine digitale Demonstration zur Aktion „Stimme für die Jugend!“, auf die ich hinweisen will. Ich unterstütze die Ziele dieser Aktion ganz ausdrücklich und sende von hier aus einen Gruß an alle Beteiligten.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Danke für dieses wichtige Engagement vor allem an die vielen jungen Menschen, die sich bei dieser Aktion für mehr Raum für die Jüngeren in der Pandemie einsetzen.

Es ist ein zentrales Ziel der Landesregierung, Kindern und Jugendlichen gerade in der Pandemie die gesamte Bandbreite von Bildung und Teilhabe zu eröffnen. Das möchte ich auch im Namen von Frau Kollegin Schulministerin Gebauer noch einmal bekräftigen.

Deshalb gilt auch in der Schulpolitik weiterhin, dass außerschulische Bildungsorte bereichernde Bildungspartner für die Schulen in Nordrhein-Westfalen sind. Außerschulische Lernorte, wie zum Beispiel Bildungs- und Kultureinrichtungen, bieten vielfältige Lernmöglichkeiten – eben außerhalb der Schule, aber für die Schule. Sie fördern die Schul- und Unterrichtsentwicklung, sie ermöglichen individuelle Förderung, und sie verschaffen unseren Schülerinnen und Schülern ganz besondere Lernerfahrungen und neue Lernzugänge.

Daher soll eine Kooperation auch unter veränderten Hygienebedingungen weiter ermöglicht werden. Das wurde in der Coronabetreuungsverordnung deutlich gemacht. Die Schulleitungen kennen dabei die Kooperationsangebote und ihre Partner. Sie können unter dem gegebenen Infektionsgeschehen am besten beurteilen, ob und in welchem Format die Kooperation derzeit stattfinden kann.

Außerschulische Lernorte sind mit den aktuellen Anforderungen an Hygienekonzepte und den Vorgaben zum Infektionsschutz in der Regel vertraut. Es ist geübte Praxis, und dafür braucht es keinen Landtagsbeschluss.

Es braucht auch keinen Landtagsbeschluss, um außerschulischen Akteuren die Digitalisierung nahezubringen. Bereits jetzt werden in vielfältiger Art und Weise zum Beispiel Museumsangebote als Lernangebote digital unterstützt, ergänzt und zum Teil schon den Schulen konkret für ihren Unterricht angeboten.

Gemeinsam mit Bildungspartner NRW ist das Schulministerium bereits dabei, weitere Angebote zu entwickeln. Wir sind gut aufgestellt. Wir arbeiten kontinuierlich daran, für Kinder, Jugendliche und Familien auch in dieser Pandemie kluge Bildungsangebote zu machen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Stamp. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der CDU Frau Abgeordnete Kollegin Troles das Wort.

Heike Troles^{*)} (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kinder und Jugendliche haben es in der Pandemie besonders schwer. Gerade die vergangenen Wochen des Lockdowns haben die Kinder, Jugendlichen und ihre Familien noch einmal stark getroffen. Die Landesregierung weiß um die besonderen Herausforderungen, die alle Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Eltern in der Pandemie begleiten.

Dennoch haben junge Menschen ein Recht auf schulische Bildung. Wir sind der festen Überzeugung, dass sich das am besten durch Präsenzunterricht verwirklichen lässt.

Zudem ist Schule ein Ort der Begegnung, ein Ort des sozialen Miteinanders und der Gemeinschaft. Gerade in der Pandemie ist der Schulbesuch nahezu die einzige Möglichkeit für junge Menschen, um ihre soziale und persönliche Entwicklung weiterzuführen. Von Anfang an haben wir deshalb gesagt: Wir schließen die Schulen zuletzt und machen sie als Erstes wieder auf. – Und wir halten Wort.

Auch für die Zeit nach den Osterferien hat die Landesregierung bereits ein klares Konzept vorgestellt. Es bleibt aufgrund des Infektionsgeschehens richtigerweise beim Wechselunterricht. Städte mit hoher Inzidenz können Ausnahmen erwirken.

Für die Zeit der Schulschließungen wurden in kürzester Zeit die Voraussetzungen für einen funktionierenden Distanzunterricht geschaffen. Jetzt ist es aber unbestritten, dass der Distanzunterricht nicht von allen Schülerinnen und Schülern gleichermaßen erfolgreich umgesetzt werden konnte und kann. Nicht jedes Kind hat zu Hause ein eigenes Zimmer und Eltern, die neben dem Homeoffice noch die Schulaufgaben erklären können. Genau deswegen hat die Landesregierung außerschulische Bildungsangebote ins Leben gerufen.

Das Ferienprogramm wurde bereits im Jahr 2020 aufgelegt, jetzt wurde die Verlängerung der Extrazeit beschlossen. 36 Millionen Euro stehen für außerschulische Betreuungs- und Bildungsangebote zur Verfügung. Das Programm richtet sich an alle Schülerinnen und Schüler aller Schulformen und aller Jahrgangsstufen. Die Möglichkeit für flexible Angebote stellt sicher, dass auch am Wochenende oder in der Nachmittagszeit Unterrichtsinhalte aufgeholt werden können.

Außerdem wurde in den vergangenen Wochen die Notbetreuung um ein erweitertes schulisches Betreuungsangebot ergänzt. Sofern Lehrkräfte Lerndefizite beim Distanzunterricht bei Schulkindern feststellen konnten, besteht in bereitgestellten Räumlichkeiten unter Aufsicht von schulischem Personal die Möglichkeit, gezielt zu unterstützen.

Losgelöst von all dem, was auch ohne den vorliegenden Antrag gemacht wird, möchte ich einen Gedan-

ken loswerden. Im Antrag heißt es: „Außerschulische Lernorte sind Teil der Lösung, nicht des Problems.“ Liebe Kolleginnen und Kollegen, keine einzige aktuell geschlossene Einrichtung ist ein Problem.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Doch, für die Kinder und Jugendlichen schon!)

Ganz im Gegenteil! Die NRW-Koalition ist froh um jede einzelne hier in Nordrhein-Westfalen. Wie gerne würden wir alle sofort alles wieder öffnen, wenn uns die Pandemie nicht im wahrsten Sinne des Wortes auf Trab halten würde.

Außerschulische Bildungsangebote sind wichtig, da sind wir uns alle einig. Gerade weil sie im Zusammenhang mit der Pandemie eine Chance bieten, Lernrückstände aufzufangen, hat die Landesregierung entsprechende Förderprogramme geschaffen.

Zusätzlich blicken wir aber jetzt schon in die Zukunft. Deswegen beauftragen wir die Landesregierung mit unserem Entschließungsantrag, zu prüfen, welche gezielten Programme mit Blick auf mögliche psychische Folgen in den kommenden Jahren bei Schülerinnen und Schülern hilfreich sein könnten. Schlussendlich ist es aber wie in allen Bereichen: Öffnungen werden verantwortungsbewusst abgewogen und, wenn möglich, umgesetzt.

Ich kann Ihnen versichern, dass die Landesregierung weiter sorgsam darüber beraten wird, welche Öffnungsschritte zum geeigneten Zeitpunkt und stets unter Betrachtung des Infektionsgeschehens möglich sind. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Troles. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD Herr Abgeordneter Dr. Maelzer das Wort.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn wir über Wege für Kinder, Jugendliche und Familien aus der Pandemie sprechen, ist es in der Tat wichtig, einen Dreiklang zu beachten. Der lautet: Wie schützen und entlasten wir jetzt in der konkreten Situation? Wie erarbeiten wir die weiteren Schritte? Wie sieht der Neustart nach der Pandemie aus?

Über konkrete Entlastungsmöglichkeiten haben wir gestern gesprochen, als es um die Frage ging, ob man Familien in der Pandemie noch zusätzlich mit Kita- und OGS-Gebühren belasten sollte. Dazu haben wir unterschiedliche Auffassungen. Wir sind für Entlastung.

(Beifall von der SPD)

Über die Frage des Schutzes von Kindern durch Selbsttests haben wir gestern ziemlich spontan, aber

durchaus ausführlich gesprochen. Ich will dazu in aller Ruhe einige Feststellungen treffen:

Zum einen müssen wir uns bemühen, nicht durch den falschen Zungenschlag den Eindruck zu erwecken, manchem in diesem Hause wäre das Kindeswohl weniger wichtig als anderen. Damit ist wirklich niemandem gedient.

Zum anderen dürfen wir die Augen nicht davor verschließen, dass Kinder stärker von der Coronamutation betroffen sind, als dies bei der Ursprungsvariante der Fall ist.

Wenn Kinder getestet werden, dann nicht deshalb, weil es eine systematische Strategie gäbe, sondern weil sie immer öfter deutliche Symptome entwickeln. Wenn Sie den Zahlen des RKI nicht trauen, dann trauen Sie doch wenigstens den Zahlen Ihres eigenen Monitorings oder den Praktikern vor Ort.

Der Kreis Minden-Lübbecke bittet jetzt darum, auf eine Betreuung zu verzichten. Der Sozialdezernent Hans-Joerg Deichholz sagt:

„Wir würden diesen Appell nicht formulieren, wenn er nicht absolut notwendig wäre. All die früheren Aussagen, wonach Kinder sich nicht so schnell infizieren, können wir definitiv nicht bestätigen. Die Lage ist ernst. Unser Gesundheitsamt steht durch die hohe Zahl der Infektionen in Kindergärten vor gewaltigen Herausforderungen.“

Sprechen Sie mit Herrn Deichholz; ich glaube, Frau Korte kann rasch einen Kontakt vermitteln.

(Christian Dahm [SPD]: Oh!)

Ich habe in der Debatte mitgenommen, dass Lollitests für Kinder ein Weg sein könnten, den wir mehrheitlich mitgehen würden. Auch die AWO schlägt das vor; man konnte das heute nachlesen. Treffen Sie also die klare Aussage: Ja, wir wollen das. Wir schließen bereits jetzt die Verträge dafür ab, und wir sichern uns die Kapazitäten. Wir machen nicht den gleichen Fehler wie bei den Impfstoffen und warten und warten, sondern wir besorgen so früh wie möglich so viele Tests wie möglich.

(Beifall von der SPD)

Es mag ein finanzielles Risiko dabei sein, aber wir würden bei solch einer Entscheidung an Ihrer Seite stehen.

Das sind die akuten Schritte. Was aber sind die weiteren Schritte? – In dieser Coronapandemie wird zwar viel über Kinder und Jugendliche gesprochen, aber viel zu wenig mit ihnen. Häufig werden sie auf die Rolle als Kita-Kind oder als Schülerin oder als Schüler reduziert.

(Beifall von Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD])

Das Leben von Kindern und Jugendlichen findet aber nicht nur in der Kita oder in der Schule statt. Darum

haben wir als SPD ganz bewusst zu unseren Anträgen „außerschulische Lernorte“ und „Wege aus der Pandemie“ eine gemeinsame Debatte beantragt. Denn es ist wichtig, zwischen den Themen endlich wieder Augenhöhe herzustellen.

(Beifall von der SPD)

Noch wichtiger ist es, diese Debatte mit den jungen Menschen zu führen. – Herr Kollege Kamieth, Sie sagten eben, Sie würden mit allen relevanten Akteuren sprechen. Kinder und Jugendliche scheinen in Ihren Augen also keine relevanten Akteure zu sein. Wie müssen es die jungen Menschen empfinden, die dieser Debatte beiwohnen und die eben noch die Onlinedemo „Stimme für die Jugend!“ veranstaltet haben, solche Sätze in so einer Debatte zu hören? Ich glaube, dass diese jungen Menschen massiv enttäuscht sind, wenn sie solche Wortbeiträge hören.

(Beifall von der SPD)

Das Gleiche gilt auch für Ihre Aussagen, Herr Stamp. Sie haben eben sehr wertschätzend gesagt, Sie würden diese Onlinedemo begrüßen, und Sie würden diese Anliegen teilen. Das tun Sie aber nicht, weil Sie im gleichen Atemzug gesagt haben: Wir brauchen keinen Kinder- und Jugendgipfel. Wir brauchen keine zusätzliche Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Wir machen da schon alles richtig.

Herr Minister, wenn Sie alles richtig machen würden, warum veranstalten die Jugendverbände dann solch eine Onlinedemo? Warum starten sie eine Kampagne unter dem Stichwort „Stimme für die Jugend!“, wenn in Nordrhein-Westfalen doch alles läuft? – Nein, es läuft nicht, und deshalb machen sie konkrete Vorschläge.

Sie wollen Kinder- und Jugendhearings, 1.000-Stimmen-Befragungen und auch einen Kinder- und Jugendgipfel. Diese Forderungen haben sie in der Demo direkt an Sie adressiert. Ein solcher Gipfel muss ein Gipfel sein, bei dem nicht nur Interessenvertreter zu Wort kommen, sondern auch die jungen Menschen selbst.

(Beifall von der SPD – Beifall von Josefine Paul [GRÜNE])

Wenn solche Vorschläge aber von der SPD kommen, dann handeln Sie nach dem Motto: Wir brauchen keine Opposition, wir sind schon Demokraten. – Dieses Verhalten ist an der Stelle überhaupt nicht notwendig.

Die jungen Menschen brauchen diese Beteiligung auch, um den nicht ganz unberechtigten Verdacht auszuräumen, dass in Sonntagsreden zwar immer wieder beschworen wird, die Interessen von Kindern und Jugendlichen würden bei der Bewältigung der Pandemie ganz vorne stehen, und sie merken, dass die Ministerpräsidentenkonferenzen aber leider nicht sonntags stattfinden. So haben die jungen Menschen

den berechtigten Eindruck, dass die Interessen der Wirtschaft doch wichtiger sind als ihre Anliegen, denn die Arbeitgeber finden das Ohr der Mächtigen scheinbar problemlos.

Genau das ist auch in der jüngsten MPK passiert. Da liegt der Vorschlag auf dem Tisch, die Arbeitgeber zu Homeoffice-Regelungen oder zu regelmäßigen Tests zu verpflichten – selbst Rainer Haseloff hat sich offen dafür gezeigt –, aber das ist nicht die Linie der Union. Darum pfeift ihn CDU-Bundeschef Armin Laschet zurück. Was bedeutet das dann? – Junge Menschen dürfen sich weiterhin nicht mit ihren Freunden treffen, und sie stehen weiterhin vor verschlossenen Türen von Jugendtreffs.

Frau Troles, da haben wir eine unterschiedliche Auffassung. Ich finde schon, dass jede geschlossene Einrichtung ein Problem ist, und das finden die jungen Menschen auch.

(Beifall von der SPD)

Anscheinend darf man den jungen Menschen in der Pandemie aber so einiges zumuten, Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern hingegen nicht. Volle Großraumbüros sind vollkommen okay, obwohl wir um die Ansteckungsgefahren wissen. Freieräume gibt es für die Wirtschaft, für Kinder und Jugendliche gibt es davon viel zu wenige. Da ist es doch kein Wunder, wenn sie mit Frustration darauf reagieren.

Darum ist unsere klare Botschaft: Bei künftigen Öffnungsschritten müssen die Angebote für Kinder und Jugendliche Priorität haben. Lassen Sie uns nicht nur darüber reden, sondern lassen Sie uns das auch tun.

(Beifall von der SPD)

Wir müssen auch jetzt schon über die Zeit nach der Pandemie sprechen. – Herr Minister, Sie sagten, es sei nicht an der Zeit, darüber zu sprechen. Doch, es ist an der Zeit. Wir müssen jetzt die Vorbereitungen treffen; denn Kindern und Jugendlichen wurden in den letzten Wochen wichtige Erlebnisse genommen. Manche davon sind unwiederbringlich: die Feier des fünften Geburtstages, die Jugendfreizeit, die Abschlussfeier.

Lassen Sie uns darum wenigstens jetzt alles dafür tun, dass es nach Corona einen fulminanten Neustart zurück ins Leben gibt. Dabei können wir unterstützen, und zwar durch den kostenfreien Zugang zu Sportangeboten, durch den kostenfreien Zugang zu Angeboten der Familienbildung bzw. von anerkannten Trägern und Jugendverbänden. Das können wir alles machen.

Wir werden Ihnen auch weiterhin nicht ersparen, diese Forderungen hier vorzutragen; denn es sind richtige, berechnete Forderungen.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Welche Forderungen junge Menschen darüber hinaus haben, sollten sie in einem Kinder- und Jugendgipfel selber formulieren dürfen. Bitte machen Sie dafür den Weg frei.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dr. Maelzer. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der AfD Herr Abgeordneter Seifen das Wort.

Helmut Seifen (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Nach dem, was in diesem Parlament gestern vonseiten der Bildungsministerin und den Rednern der Altparteien an Kaltherzigkeit und Ignoranz gegenüber dem Kindern und Jugendlichen vielfach zugefügten Leid offen zelebriert wurde, kann man die Vorlage dieser drei Anträge nur noch als Zynismus der übelsten Art einordnen.

(Beifall von der AfD)

Sie waren sich gestern nicht zu schade, die im AfD-Antrag dargelegten Fakten über das Leid der Kinder und Jugendlichen zu leugnen und ihre Hilflosigkeit gegenüber den dort schlüssig dargelegten Argumenten und Abwägungen wieder einmal mit den seit vier Jahren üblichen Sottisen zu belegen. Jetzt vergießen Sie Krokodilstränen und mimen Mitleid.

Völlig außerstande, sich mit den Aussagen und Forderungen des AfD-Antrags argumentativ auseinanderzusetzen, stocherten Sie gestern in Ihrem schön aufgehäuften Vorurteils- und Diffamierungsmüll herum,

(Lachen von Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD])

aus dem Sie sich in den letzten Jahren Ihr AfD-Bild zusammengebastelt haben, und tragen heute das vor, was gestern im AfD-Antrag stand.

(Beifall von der AfD)

Wenn Sie dann gar keine Gegenargumente mehr haben, Frau Gebauer, meinen Sie, meine Sprache bemängeln zu müssen.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Sie hat doch heute noch gar nichts gesagt! – Yvonne Gebauer, Ministerin für Schule und Bildung: Gestern!)

Die Begrifflichkeit, die ich gestern gewählt habe, um Ihre skrupellosen Entscheidungen gegen unsere Kinder und Jugendlichen zu bezeichnen,

(Yvonne Gebauer, Ministerin für Schule und Bildung: Ja, die war bezeichnend!)

treffen präzise und messerscharf die Ungeheuerlichkeiten und Quälereien, die Sie den Schülerinnen und Schülern sowie den Eltern zumuten. Wer nicht darin

geübt wäre, seinen heiligen Zorn über die skandalöse Behandlung unserer schutzlosen Kinder angemessen auszudrücken, würde noch ganz andere Begrifflichkeiten wählen.

(Beifall von der AfD)

Denn das, was unseren Kindern an Quälerei zugemutet wird, schreit zum Himmel. Dass dies offenbar Ihr Gewissen nicht zu belasten scheint, ist für mich eine Wahrnehmung, die mich tief erschüttert.

(Beifall von der AfD – Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Wie kaltherzig und abgebrüht muss man eigentlich sein, um die Vielzahl an Meldungen aus den Schulen über das Leid der Kinder so zu ignorieren?

Es gibt zahllose Briefe von Kinderärzten. 130 haben einen Brief vom August 2020 unterzeichnet, in dem sie auf die zum Teil schwersten Schäden hinweisen, die Sie durch Ihre Entscheidungen mitzuverantworten haben. Aus Elternbriefen mit abgesicherten Daten wird deutlich, dass von den Schulen so gut wie keine Krankheitsgefährdungen ausgehen und dass dieses gesamte Pandemieverständnis eine einzige Märchenerzählung ist.

In einem der jüngsten Briefe, der auch an Sie ging, wird haarklein dargelegt, in welchem Verhältnis die Zahlen seriös zu lesen seien. – Wir haben 83 Millionen Menschen in Deutschland, davon sind 8,3 Millionen Schüler, das sind 10 % der gesamten Bevölkerung. Wenn wir die Angaben des RKI mal ernst nehmen, dann haben wir eine Inzidenz von 100 auf 100.000 Einwohner; es sind also 0,1 % der Bevölkerung positiv getestet. Wie viele davon wirklich krank oder überhaupt ansteckend sind, wird leider Gottes nie erfasst. Der eigentliche Skandal ist, dass jeder positiv Getestete als infiziert bezeichnet wird und die Bevölkerung den Eindruck haben muss, dass alle krank seien. Das stimmt ja Gott sei Dank gar nicht.

(Beifall von der AfD)

Wie viele davon sind Schüler, Lehrer oder Eltern? Wie hoch ist die Inzidenz in den Schulen?

(Zuruf von Matthias Kerkhoff [CDU])

All diese Daten werden uns verschwiegen. Ich frage Sie: warum?

(Matthias Kerkhoff [CDU]: Abenteuerlich!)

Sowohl die Coronastudie der TU Dresden und des Universitätsklinikums Carl Gustav Carus Dresden als auch die Coronakinderstudie des Universitätsklinikums Heidelberg vom Juni 2020 haben längst nachweisen können, dass die Schulen keine gefährdeten Orte sind. Deswegen müssen Sie ja jetzt auch wieder eine neue Mutante erfinden.

Der Ansteckungsgrad in den Schulen lag bei nur 0,6 %.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Vielleicht sprechen Sie mal mit Ihrem Vorsitzenden, warum er sich hat impfen lassen!)

Weder haben die Kinder zur Verbreitung in Schulen oder Familien beigetragen, noch sind sie selbst übermäßig betroffen. Wenn jemand in der Familie infiziert war, haben sie selbst sich meistens selbst nicht infiziert. Bisher sind drei Kinder unter dem 18. Lebensjahr verstorben, deren Tod man in die Nähe einer COVID-19-Erkrankung rückt.

Die Studien zur Situation in den Kitas kommen zu den gleichen Ergebnissen. Hier tragen die Kinder keine Masken. Trotzdem gibt es Stimmen, die dafür werben, dass diese armen Kinder tatsächlich einen Schnelltest machen sollten. – Sie, Herr Stamp, haben sich gestern Gott sei Dank dagegen verwahrt. Dabei bin ich ganz an Ihrer Seite.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Hat er nicht! Sie haben noch nicht mal richtig zugehört!)

Aber auf welche Ideen kommt man eigentlich? Diese kleinen Kinder dieser Quälerei auszusetzen – ich frage mich, wo wir hier gelandet sind.

Es gibt zahlreiche Studien über die Schäden, die die augenblicklichen Maßnahmen bei den Kindern anrichten. Professor Dr. Michael Klundt, Kindheitswissenschaftler an der Hochschule Magdeburg-Stendal kommt in seiner Studie zum Umgang mit Kindern und Jugendlichen während der Coronapandemie in Deutschland zu dem gleichen Schluss, den ich gestern schon gezogen hatte: Kinder werden wie Objekte behandelt.

Von alldem lassen Sie sich nicht beeindrucken. Sie legen Anträge vor, die in diesem Zusammenhang einfach lächerlich sind. Die Schüler über irgendwelche Räume innerhalb einer Stadt verteilen zu wollen, zeugt von einer tiefen Unkenntnis über das Funktionieren von Unterrichtsstrukturen.

Angesichts der Beiträge der Vertreterinnen von SPD, CDU, FDP und Grünen ist der Antrag „Kindern, Jugendlichen und Familien aus der Pandemie helfen“ völlig unglaubwürdig. Statt all diese einschränkenden Maßnahmen in den Schulen aufzuheben, ziehen Sie die Schlinge fester um den Hals der Freiheit. Die Massentests an den Schulen werden nun schon vorbereitet. Tests an den Essener Gymnasien haben übrigens kein positives Ergebnis erbracht. Ein positiver Fall war zunächst da, bei einem zweiten Test wurde er widerlegt.

In Sachsen liegt bereits ein Gesetzentwurf vor, laut dem auch die gemeindlichen Vollzugsbediensteten mit polizeilicher Gewalt ausgestattet werden sollen.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Helmut Seifen (AfD): Ich bin gleich fertig.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Warum hat Herr Wagner sich eigentlich impfen lassen?)

Einer kritischen Mutter in einer NRW-Stadt hat die Schulleitung das Jugendamt nach Hause geschickt. So sieht es im Augenblick in NRW und in Deutschland aus. Aber wir als AfD-Fraktion werden weiter dafür kämpfen,

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

dass den Bürgern Deutschlands die Grundrechte bedingungslos erhalten bleiben. Da können Sie noch so viel herumbrüllen, Herr Hovenjürgen. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Seifen. – Für die Landesregierung hat jetzt Herr Minister Dr. Stamp das Wort.

Dr. Joachim Stamp^{*)}, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich finde, zur Bildungspolitik sollte die AfD in diesem Haus nicht das letzte Wort haben.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN – Christian Dahm [SPD]: Nicht nur dazu!)

Wenn ehrbare Demokraten aus der Jauchegrube des Parlaments heraus mit Dreck beschmissen werden, will ich das in aller Deutlichkeit zurückweisen.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Ein ehemaliger Leiter eines Gymnasiums spricht hier allen Ernstes von einer erfundenen Mutante.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Ja!)

Es ist eigentlich ein bildungspolitischer Skandal, dass er ein Gymnasium geleitet hat.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN – Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Kollege Maelzer sprach an, dass es bei der sozialdemokratischen Fraktion die Empfindung gegeben habe, ich hätte gestern im Zusammenhang mit den Tests bei denjenigen, die diese befürworten, eine Nähe zur Kindeswohlgefährdung herstellen wollen. – Das ist nicht meine Absicht gewesen. Vielmehr wollte ich sagen, dass wir alle es uns nicht zu einfach machen dürfen. Bei allen Methoden, die wir anwenden, müssen wir genau abwägen zwischen dem Schutz der Gesundheit und dem, was man damit möglicherweise der Psyche der Kinder antut. Um nichts anderes als diese präzise Abwägung ging es mir – das

wollte ich zwischen uns Demokraten noch einmal betonen.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Lassen Sie uns gemeinsam weiter dafür kämpfen und arbeiten, die Chancen für Kinder und Familien und die Bildungsansprüche unseres Landes auch in Pandemiezeiten hochzuhalten. – Danke schön.

(Beifall von der CDU und der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister. – Herr Minister, deutliche Formulierungen in einer parlamentarischen Debatte sind durchaus üblich, und dagegen habe ich bzw. hat das Präsidium auch nichts. Aber den Begriff, den Sie gewählt haben, um eine Fraktion zu kennzeichnen, bitte ich in Zukunft zu unterlassen, ansonsten müssten wir als Präsidium das rügen.

Damit sind wir am Ende der Aussprache zu Tagesordnungspunkt 3.

(Unruhe)

Wir kommen zur Abstimmung. Erstens stimmen wir ab über den Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/13066. Die antragstellende Fraktion der SPD hat direkte Abstimmung beantragt. Wer also dem Inhalt dieses Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die SPD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – CDU-, FDP- und AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen? –

(Josefine Paul [GRÜNE]: Entschuldigung, wir haben geschlafen!)

Es gibt keine Stimmenthaltungen. Dann muss ich die Ja-Stimmen wohl noch einmal abfragen. – Das war die SPD-Fraktion. Zustimmen will auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Die Nein-Stimmen waren bei CDU-, FDP- und AfD-Fraktion. Es gab keine Enthaltungen. Dann ist der **Antrag Drucksache 17/13066** mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt**.

Ich komme damit zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/13067. Auch hier wurde eine direkte Abstimmung beantragt. Wer möchte diesem Antrag zustimmen? – Das sind die SPD-Fraktion und Bündnis 90/Die Grünen. Nein-Stimmen? – Bei der CDU-, der FDP- und der AfD-Fraktion. Gibt es hier Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist auch dieser **Antrag Drucksache 17/13067** mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/13184. Wer möchte dem Entschließungsantrag zustimmen? – Das sind die antrag-

stellenden Fraktionen von CDU und FDP sowie die SPD-Fraktion. Gibt es Gegenstimmen? – Bei der AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Bei Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist der **Entschließungsantrag Drucksache 17/13184** mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **angenommen**.

Wir sind damit am Ende von Tagesordnungspunkt 3 angelangt.

Ich rufe auf:

4 Abschlussbericht der Enquetekommission „Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union („Brexit“) im Hinblick auf die Folgen und Auswirkungen für Nordrhein-Westfalen“ (Enquetekommission II)

Abschlussbericht
der Enquetekommission II
gemäß § 61 Absatz 3
der Geschäftsordnung
Drucksache 17/12900

zu dem Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/3792

Dem Vorsitzenden der Enquetekommission II, dem Herrn Kollegen Abgeordneten Stefan Engstfeld, erteile ich hiermit das Wort zur mündlichen Berichterstattung, bevor wir dann in die Aussprache eintreten.

Stefan Engstfeld (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist er nun, der Abschlussbericht der Enquetekommission „Brexit“.

(Der Redner hält den Abschlussbericht hoch.)

In diesen 349 Seiten stecken zwei Jahre intensive Arbeit, 29 Sitzungen der Kommission, sieben öffentliche Anhörungen, drei Gutachten, 51 schriftliche Stellungnahmen, eine Klausurtagung und eine zweitägige Delegationsreise nach Brüssel.

Mit dem vorliegenden Abschlussbericht ist die Enquetekommission ihrem Auftrag nachgekommen, die Auswirkungen des Austritts des Vereinigten Königreiches aus der Europäischen Union auf Nordrhein-Westfalen in all seiner Komplexität zu untersuchen und auf dieser Grundlage Empfehlungen für zukünftiges Handeln auszusprechen.

Bevor ich weiter ausführe, möchte ich zuerst allen, die am Enquetebericht mitgewirkt haben, meinen Dank aussprechen. Ich bedanke mich herzlich für den konstruktiven Diskurs und den fairen Umgang unter allen Fraktionen bei den Kolleginnen und Kollegen, die als Mitglieder in der Kommission mitgewirkt haben. Ganz besonders danke ich dem stell-